

## NEUE ERKENNTNISSE AUS DER FORSCHUNG

# Bündner Bürgergemeinden im Wandel der Zeit

■ Von Simon Bundi, Institut für Kulturforschung Graubünden



Ortsbürgerliche Geselligkeit schafft Identität: ein Ausflug des Churer Bürgervereins um die Mitte des 20. Jahrhunderts.

Bild Salzborn

Die Geschichte der Bürgergemeinden in Graubünden von 1874 bis 1974 ist erstmals Gegenstand der neueren Geschichtsforschung. Die Vorstellung, dass die Ortsbürger (die Einwohner mit Bürgerrecht) die Gemeinden politisch allein leiten sollten, blieb in Graubünden bis in die 1870er-Jahre präsent. Indes erreichte der Anteil Niedergelassener in den Bündner Gemeinden bereits in den 1860er-Jahren ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Zeitgleich forderte die «Demokratische Bewegung» in zahlreichen anderen Kantonen bessere politische Partizipationsmöglichkeiten, sodass eine Lösung dieser Spannung gefunden werden musste. 1874 legte ein neues kantonales Niederlassungsgesetz fest, dass den Ortsbürgern das alleinige Stimmrecht nur in einigen wenigen Angelegenheiten vorbehalten blieb. Während bei kantonalen und eidgenössischen

Wahlen und Abstimmungen bereits alle Schweizer Männer das Stimmrecht hatten, versuchte der Kanton nun, dieses Modell einer bürgerlichen Gesellschaft auch auf Gemeindeebene durchzusetzen.

Bis jedoch die Bündner Stimmbevölkerung im Jahr 1974 ein erstes Gemeindegesetz annahm, führte das Niederlassungsgesetz zu einem in der Schweiz beispiellosen hundertjährigen Rechtskonflikt um den Status der verbliebenen Vorrechte der Ortsbürger. Dem Kanton gelang es in diesen 100 Jahren nicht, eine Trennung zwischen Einwohner- und Bürgergemeinde zu vermeiden. Historisch fundierte Ideale wie die Gemeindeautonomie oder die republikanische Vorstellung einer auf das Gemeinwohl gerichteten Herrschaft tugendhafter Ortsbürger blieben weiterhin sehr wirksam. Über Jahrzehnte wies der Bürgergemeinde-Diskurs zudem Ähn-

## DER AUTOR



Simon Bundi.

Bild zVg

Name: Simon Bundi  
 Alter: 30 Jahre  
 Nationalität: Schweiz  
 Abschluss: lic. phil., Doktorat in Allgemeiner Geschichte  
 Forschungsschwerpunkt: Geschichte der Bürgergemeinden in Graubünden  
 Institution: Institut für Kulturforschung Graubünden IKG

Webadresse Institution:  
<http://kulturforschung.ch/>

lichkeiten mit dem Heimatschutz auf, wurde doch hier wie dort mit dem Begriff des «Bodenständigen» argumentiert.

Die organisatorische und statutarische Trennung zwischen Ortsbürgern und Niedergelassenen gab es nicht nur auf politischer Ebene, sondern ebenso im Verein, im Brauchtum und im täglichen Sprachgebrauch. So konnte es etwa vorkommen, dass Niedergelassene von prestigeträchtigen Ämtern ausgeschlossen wurden. Sehr oft folgten die regionalen Grenzen den Konfessionsgrenzen. Noch heutzutage sind zahlreiche Bündner Bürgergemeinden unter anderem für die Einbürgerung zuständig, als Liegenschaftsbesitzerinnen aktiv und im sozialen Bereich tätig. Durch die weitgreifenden Gemeindefusionen der letzten 15 Jahre wird ihre Stellung aktuell wieder zunehmend infrage gestellt.